

Stadtverordnetenversammlung Luckenwalde

Finanzausschuss



N I E D E R S C H R I F T

07. ordentliche öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Finanzausschusses der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Luckenwalde – Wahlperiode 2019 - 2024

Sitzungstermin: Montag, 21.09.2020
Sitzungsbeginn: 18:30 Uhr
Sitzungsende: 19:16 Uhr
Sitzungsort: Stadt Luckenwalde, Markt 10, Sitzungssaal, 14943 Luckenwalde

Anwesend:

Vorsitzender-

Herr Matthias Grunert

Mitglieder-

Frau Dr. Margitta-Sabine Haase

Herr Stefan Pinkawa

Herr Harald-Albert Swik

Herr Manfred Thier

Herr Michael Wessel

Sachkundige Einwohner-

Frau Nikola Gerlach

Frau Monika Nestler

Frau Karin Wegel

Verwaltung-

Frau Elisabeth Herzog-von der Heide

Frau Angela Malter

Frau Aileen Nerlich

Herr Ingo Reinelt

Schriftführerin-

Frau Annett Gödicke

bis 19:12 Uhr

Abwesend:

Mitglieder- Herr Christian Block

Herr Carsten Nehues

Herr Tom Ritter

Sachkundige Einwohner-

Herr Hans-Jürgen Akuloff

Herr Tobias Große

Herr Rayk Riese

Tagesordnung:

I. ÖFFENTLICHER TEIL:

1. Eröffnung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Anwesenheit
2. Einwohnerfragestunde
3. Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 17.08.2020
4. Feststellung der Tagesordnung
5. Beschlussvorlagen
- 5.1. Zustimmung zur Auflösung der HWG Havelländische Wasser GmbH B-7136/2020
- 5.2. 3. Änderungssatzung zur Friedhofsgebührensatzung der Stadt Luckenwalde vom 17.12.2013 B-7130/2020
- 5.3. Antrag zur Errichtung einer VolksBühne - Fraktion SPD A-7026/2020
6. Informationsvorlage
- 6.1. Erhebung von Vorauszahlungen auf den Ausgleichsbetrag für die Sanierungsgebiete „Innenstadt“ und „Petrikirchplatz“ I-7020/2020
7. Sitzungstermine 2021
8. Anfragen von Ausschussmitgliedern
9. Informationen der Verwaltung
- 9.1. Auswirkungen des Kommunalen Rettungsschirms auf den städtischen Haushalt
10. Informationen des Ausschussvorsitzenden

II. NICHT ÖFFENTLICHER TEIL:

11. Einwendungen gegen die Niederschrift des nicht öffentlichen Teils der Sitzung vom 17.08.2020
12. Feststellung der Tagesordnung
13. Anfragen von Ausschussmitgliedern
14. Informationen der Verwaltung
15. Informationen des Ausschussvorsitzenden

I. Öffentlicher Teil

TOP 1. Eröffnung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Anwesenheit

Herr Grunert eröffnet die Sitzung des Finanzausschusses. Die Ladung erfolgte ordnungsgemäß. Zu Sitzungsbeginn sind 6 Mitglieder anwesend.

Herr Grunert verpflichtet die sachkundige Einwohnerin Monika Nestler mit den Worten:

„Ich verpflichte Sie, Ihre Aufgabe als sachkundige Einwohnerin des Finanzausschusses der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Luckenwalde nach bestem Wissen und Können wahrzunehmen, das Grundgesetz, die Verfassung des Landes Brandenburg und die Gesetze zu beachten und Ihre Pflichten zum Wohle der Stadt Luckenwalde zu erfüllen.“

TOP 2. Einwohnerfragestunde

keine

TOP 3. Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 17.08.2020

keine

TOP 4. Feststellung der Tagesordnung

bestätigt

TOP 5. Beschlussvorlagen

TOP 5.1. Zustimmung zur Auflösung der HWG Havelländische Wasser GmbH B-7136/2020

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

Die Bürgermeisterin wird ermächtigt, in der Gesellschafterversammlung der Havelländischen Wasser GmbH der Auflösung der Gesellschaft zuzustimmen.

Herr Reinelt informiert, dass im Beschlusstext folgende Änderung vorgenommen wurde.

Korrektur zum Beschlusstext:

Auf Seite 2, vorletzter Absatz, letzter Satz „zum 31.01.2020“ wird gestrichen.

Ja 6 Nein 0 Enthaltung 0
geändert empfohlen

TOP 5.2. 3. Änderungssatzung zur Friedhofsgebührensatzung der Stadt Luckenwalde vom 17.12.2013 B-7130/2020

Herr Wessel findet, dass es ein gutes Zeichen sei, dass gut gewirtschaftet wurde und die Möglichkeit bestünde, die Gebühren zu senken. Vor dem Hintergrund der Haushaltssituation glaube er, sei jetzt aber nicht der richtige Zeitpunkt dafür. Die Stadt trage ja immer noch einen größeren Anteil der Friedhofskosten. Es gäbe andere Nöte und Notwendigkeiten.

Frau Gerlach fragt nach, warum die Friedhofsgebührensatzung, die auch den Ortsteil Kolzenburg betreffe, nicht im Ortsbeirat behandelt werde.

Frau Malter werde dies prüfen.

Zu der Anmerkung von **Herrn Wessel** erklärt **Frau Malter**, dass es nicht darum gehe, ob man die Kosten senken wolle. Es wurden eine Kalkulation und eine Hochrechnung vorgenommen, die zeigen, dass die Kosten im nächsten Jahr sinken. Nach dem Abgabengesetz müsse man kostendeckend arbeiten. Man könne von vornherein keinen Gewinn einplanen. Die Stadt sei verpflichtet, alle zwei Jahre neu zu kalkulieren. Wenn es zu Gunsten des Gebührenzahlers sei, müsse man die Senkung auch durchsetzen und beschließen.

Herr Wessel ergänzt, dass die Stadt doch aber nicht verpflichtet sei, 54 % der Gebühren zu tragen. Sollte dies nicht zur Senkung dieses Satzes beitragen?

Frau Malter erklärt, dass man einen gewissen Grundflächenanteil habe, dieser sei ermittelt worden. Diese Flächen könne man dem Gebührenzahler nicht auferlegen. Deshalb ergebe sich dieser Prozentsatz.

Frau Herzog-von der Heide fügt hinzu, dass man sich bei den vorherigen Kalkulationen Gedanken gemacht habe, welcher Anteil, z. B. beim Waldfriedhof, sei mehr Parkfläche, öffentliches Grün und was sei Bestattungsfläche. Dieser Prozentsatz sei festgeschrieben worden und könne nicht einfach, weil sich die Kostensituation günstiger darstelle, gesenkt bzw. erhöht werden, das wäre inkonsequent. Bei notwendigen Investitionen könne dies in zwei Jahren schon anders aussehen.

Herr M. Thier stimmt **Frau Herzog-von der Heide** zu. Es gehe ja auch um die Bevölkerung der Stadt Luckenwalde. „Wir wissen, dass die finanzielle Situation, von einigen die betroffen seien, sicherlich nicht immer einfach sei.“

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

Die in der Anlage dieser Beschlussvorlage beigefügte 3. Änderungssatzung zur Friedhofsgebührensatzung der Stadt Luckenwalde vom 17.12.2013

Ja 4 Nein 0 Enthaltung 2
Zustimmung empfohlen

Herr Wessel weist darauf hin, dass über dieses Thema noch diskutiert werden müsse, die Idee sei gut. Es gehe auch darum, wer werde Betreiber, wer schreibt sich dies auf die Fahne.

Herr Swik erklärt, dass es der Fraktion bei der Einbringung des Antrages nicht darum ginge, eine Putzkolonie oder sonst irgendwas dafür verantwortlich zu machen. Es ginge darum, das sich möglichst viel an kulturellem Leben auf dem Boulevard zeigen könne, erst recht an einem Tag wie Samstag, um diesen zu beleben. Er sei sich sicher, wenn diese Volksbühne errichtet wäre, dass sich dann auch recht schnell Vereine oder Personen, die sich dann vielleicht zu einem Verein zusammenschließen, finden werden.

Herr M. Thier findet, dass das Ansinnen, die kulturelle Situation in der Stadt zu erweitern und zu verschönern, eine gute Idee sei. Er müsse aber dazu sagen, dass hier bestimmte spekulative Sachen, die im Vordergrund stehen, nicht berücksichtigt wurden. Man könne nicht davon ausgehen, es werde sich schon jemand finden, der die Organisation dieser Sache übernehmen werde. Man sei heute im Finanzausschuss und solle einen Beschluss weitergeben, dessen finanzielle Tragweite man noch nicht abschätzen könne. Hier müsse man im Vorfeld Sachen klären, zu den Verantwortlichkeiten, zur finanziellen Grundlage, zur Sicherheit der Bühne und die mögliche Lärmbelästigung für die Anwohner. Für ihn ist da eine große Unsicherheit. Er halte weiteren Diskussionsbedarf für gegeben.

Frau Herzog-von der Heide erklärt, dass diese Initiative lange im BKS-Ausschuss diskutiert wurde. Dort seien auch genau diese Argumente von allen Seiten eingebracht worden. Sie interpretiere dies als einen Prüfauftrag. Es sei ihrer Meinung nach auch zu verfrüht, dies im FA-Ausschuss zu bereden, weil die finanziellen Auswirkungen noch gar nicht klar wären. Wenn der Antrag in der Stadtverordnetenversammlung eine Mehrheit fände, werde sich die Verwaltung in die Spur machen, um genau diese Fragen zu klären, auch darum, dass die Fläche, auf der die Bühne stehen solle, noch kein kommunales Eigentum sei.

Herr Swik betont, dass **Herr Wessel** und **Herr M. Thier** jeweils in ihren ersten Sätzen gesagt hätten, sie fänden diese Idee vom Grundsatz gut. Es gehe ihm tatsächlich nur darum, dass wir eine Kulturstätte für unsere Vereine und Organisationen brauchen. Dies sei der Hintergrund, weshalb man diesen Antrag eingebracht habe. Er sei gerne bereit, daraus einen Aufruf aller Parteien an die Bevölkerung zu machen, damit dieser Idee Leben eingehaucht werde.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

In der Baulücke auf dem Boulevard (Breite Straße) soll eine dauerhafte Bühne („VolksBühne“) errichtet werden.

Die Bühne soll mit Überdachung und verschließbarem Elektroanschluss einfach aber stabil ausgestattet werden.

Möglichst an jedem Sonnabend soll dort von 10 - 15 Uhr eine kulturelle Darbietung kostenlos den Boulevardbesuchern geboten werden. So soll für Bands, Chöre, Literaten, Tanzformationen und sonstige Initiativen die Möglichkeit geschaffen werden, diese Bühne kulturell zu nutzen und ein Programm bzw. ihr Können einem Publikum zu präsentieren. Die Bürgermeisterin wird beauftragt, dahingehende Vorbereitungen zu treffen.

Ja 3 Nein 0 Enthaltung 3

Zustimmung empfohlen

TOP 6. Informationsvorlage

TOP 6.1. Erhebung von Vorauszahlungen auf den Ausgleichsbetrag für die Sanierungsgebiete „Innenstadt“ und „Petrikirchplatz“ I-7020/2020

Kenntnis genommen

TOP 7. Sitzungstermine 2021

Keine Einwendungen.

TOP 8. Anfragen von Ausschussmitgliedern

Herr M. Thier hat Fragen zur Informationsvorlage I-7014/2020:

Wie kommen die Mehreinnahmen seitens der Garagengemeinschaften, die nicht von der Stadt verwaltet werden, diesen zugute? Wie gedenkt die Stadt damit umzugehen und wie könnte das Umfeld in diesen Garagenkomplexen gestaltet werden?

Herr Reinelt antwortet, dass diese Fragen schon in der betreffenden Informationsvorlage beantwortet seien. Gerade was die Garagengemeinschaften betreffe, finde man dort nämlich 30,00 € pro Stellplatz, die als Verwaltungsbonus abgezogen wurden, was letztendlich den Vereinen zugutekomme. Wie diese dies auf dem Grundstück umsetzen und ob gestalterisch etwas gemacht werde, liege in den Händen der Vereine.

Herr M. Thier ergänzt, dass dies ja der eine Teil der Mehreinnahmen sei. Was sei mit dem anderen Teil?

Herr Reinelt erklärt, dass der andere Teil der Mehreinnahmen im Haushalt bleibe. Die Verwaltung habe noch andere Kosten, die gedeckt werden müssen. Zielsetzung sei es aber für den Garagenkomplex, für den die Stadt zuständig sei, etwas zu tun.

TOP 9. Informationen der Verwaltung

TOP 9.1. Auswirkungen des Kommunalen Rettungsschirms auf den städtischen Haushalt

Frau Malter erklärt anhand einer PowerPoint-Präsentation, welche Auswirkungen der Kommunale Rettungsschirm auf den städtischen Haushalt habe. Die Präsentation liegt der Niederschrift als Anlage 1 bei. Sie knüpft hierbei an die Informationen zu diesem Thema aus dem letzten Ausschuss an. Um die Leistungsfähigkeit der Verwaltung, wie sie auch im Haushaltsplan angesetzt wurde, zu erhalten und durchzusetzen, wird die Mittelsperre aufgehoben. Es sei jetzt wichtig, dass die Ämter noch wichtige Maßnahmen für dieses Jahr umsetzen können.

Herr Pinkawa fragt nach, ab wann die Aufhebung der Mittelsperre in Kraft trete.

Frau Malter antwortet, dass sie die Aufhebung der Mittelsperre heute verkünde und morgen alle Ämter darüber informiere.

TOP 10. Informationen des Ausschussvorsitzenden

keine

Die Nichtöffentlichkeit wird um 19:11 Uhr hergestellt.

Matthias Grunert
Vorsitzender

Annett Gödicke
Schriftführerin

13. 10 24 31 05